



BRÜSSEL 4, den 23 -07- 1984

An den Herrn Vorsitzenden der Exekutive
der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Nr.

Gospert 1 - 5

4700

EUPEN

N. 16.110/II/P/D
AR/MTV

Betrifft : Beamter der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
Sprachenprüfung in deutsch.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender !

In ihrer Sitzung vom 17. Mai 1984 hat die
Ständige Kommission für Sprachenkontrolle auf Antrag des deutschsprachigen
Ausschussmitglieds folgende Frage behandelt :

"Ist ein Kandidat für ein Amt in den Dienst-
stellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Inhaber des geforderten,
jedoch durch eine Lehranstalt der Bundesrepublik Deutschland ausgestell-
ten Diploms, dazu verpflichtet, seine Sprachkenntnisse mittels einer
Prüfung vor dem Ständigen Sekretariat für die Anwerbung des Staatsper-
sonals nachzuweisen ?"

Unter Bezugnahme auf Artikel 69, § 2, des
Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über Institutionelle Reformen für die
Deutschsprachige Gemeinschaft stellt die S.K.S.K. fest, dass, im unter-
suchten Fall, aus dem geforderten Diplom bzw. Abgangszeugnis hervorgeht,
dass der Betreffende die Studien wie vorgeschrieben durch Artikel 15, § 1,
der Koordinierten Sprachgesetze, auf den verwiesen wird, in der Sprache
des Gebiets, nämlich der deutschen Sprache, absolviert hat.

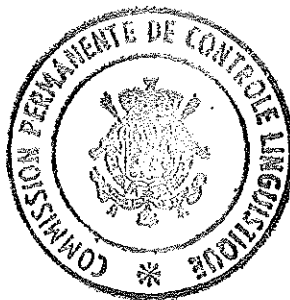
Ausserdem kann man dem Wortlaut des Artikels 43, § 3, Absatz 3 der K.S.G. ein zusätzliches Argument entnehmen : allein die Kandidaten, die im Ausland ihre Studien in einer anderen als der französischen oder niederländischen Sprache absolviert haben, müssen den Beweis dafür erbringen, dass sie die Sprache der Sprachengruppe, zu der sie zugeteilt werden wollen, kennen.

Die S.K.S.K. gibt das Gutachten ab, dass die Sprache der Studien das gesetzliche Kriterium für die Kenntnis einer Sprache ist, unter dem Vorbehalt, dass die Studien dem durch das Amt oder die Stelle verlangten Niveau genügen.

Entsprechend den Bestimmungen des vorerwähnten Artikels 43, § 4, Absatz 3, ist die Tatsache, dass das Diplom bzw. das Abgangszeugnis im Ausland ausgestellt wurde, ohne Auswirkung auf die Feststellung der sprachlichen Befähigung.

Eine Abschrift dieses Gutachtens wird dem Herrn Ständigen Sekretär für Anwerbungen zugesandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung.



Der Präsident

J. Fleerackers